

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BKA-353.110/0015-IV/10/2019

Wien, am 19. April 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Rossmann, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. Februar 2019 unter der Nr. **2914/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Sparen im System sowie Doppel- und Mehrfachförderungen und Spending Reviews“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Bundesregierung bekennt sich dazu, nicht bei den Menschen, sondern im System Einsparungen vorzunehmen. Die Bereiche Bildung und Sicherheit sind von diesen Einsparungen jedoch ausgenommen. Die Bundesregierung verfolgt drei Hauptziele in ihrer Haushalts- und Steuerpolitik: Eine spürbare Entlastung für die arbeitenden Menschen, keine neuen Steuern sowie die Senkung der Schuldenquote. Zuerst muss der Staat schlanker werden, damit nach ersten Schritten der Entlastung auch eine nachhaltige große Steuerentlastung für die Bürgerinnen und Bürger möglich werden kann.

Ziel ist es, eine nachhaltige und wachstumsorientierte Haushalts- und Budgetpolitik auf allen Ebenen sicherzustellen, damit die Politik auch auf zukünftige Herausforderungen geeignet reagieren, und entsprechend auch weitere Wachstumsimpulse setzen kann. Als Kriterien sind

dabei auch die EU-Vorgaben und EU-Ziele – wie die Einhaltung des Stabilitätspakts – zu beachten.

Durch die zielführenden Maßnahmen der Bundesregierung kann nach 65 Jahren ein Schlussstrich unter die Schuldenpolitik gezogen werden. Das Haushaltsergebnis 2018 war bereits um eine Milliarde besser als budgetiert. Im Jahr 2019 wird der Bund erstmals seit 1954 einen administrativen Haushaltüberschuss erzielen. Dieser erfolgreiche Kurs soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Zu den Fragen 1 bis 10:

Für die folgenden Fragen wird mangels Klarstellung durch die Regierung davon ausgegangen, dass sich „Sparen im System“ auf Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit gemäß der Finanzierungsrechnung nach ökonomischen Kriterien bezieht. Es wird ersucht, die jeweiligen Einsparungen im System auf Basis des vorläufigen Gebarungserfolgs 2018 (der Ende März 2019 dem Parlament vorgelegt wird) zu quantifizieren.

- *Definieren Sie und die Regierung „Sparen im System“ wie oben angeführt?*
- *Gab es in Ihrem Ressort für das Jahr 2018 Zielvorgaben im Hinblick auf die Einsparungen im System, d.h. bei den Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit?*
- *Wenn ja,*
 - a. *wie hoch waren diese*
 - i. *bei den Auszahlungen aus dem Personalaufwand (Gesamtsumme sowie Auflistung getrennt nach Bezügen, Mehrdienstleistungen, Sonstige (sonstige Nebengebühren, gesetzlicher Sozialaufwand, Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen, freiwilliger Sozialaufwand, Aufwandsentschädigungen für Personal))?*
 - ii. *beim betrieblichen Sachaufwand (Gesamtsumme sowie getrennt nach Aufwand für Werkleistungen, Personalleihe und sonstige Dienstverhältnisse zum Bund, Mieten, Instandhaltung, sonstiger betrieblicher Sachaufwand, Reisen, Transporte durch Dritte)?*
 - iii. *bei Auszahlungen aus Finanzaufwand?*
 - b. *Wurden die Zielvorgaben erreicht?*
 - c. *Bei welchen der Auszahlungen (gemäß Frage 3a) wurden sie verfehlt?*
 - d. *Was waren die Ursachen dafür?*
- *Wenn nein,*
 - a. *warum gab es keine Zielvorgaben?*
 - b. *Wurden Sie vom Bundesminister für Finanzen als Gesamtverantwortlichen für den Bundeshaushalt aufgefordert, entsprechende Zielvorgaben für Ihr Ressort vorlegen?*
 - c. *Wie stellen Sie fest, dass tatsächlich im System gespart wurde, wenn es keine Zielvorgaben gab?*

- Wie genau definieren Sie „Sparen im System“ für den Fall, dass Ihre Definition von der oben dargestellten abweicht?
- Wie hoch waren die Einsparungen gemäß Ihrer Definition 2018? (Bitte listen Sie die Einsparungen möglichst detailliert auf, zumindest auf Ebene der Globalbudgets.)
- Gab es in Ihrem Ressort Zielvorgaben im Hinblick auf Ihre Definition von Einsparungen im System?
- Wenn diese verfehlt wurden, was waren die Ursachen? (Bitte führen Sie die Ursachen möglichst detailliert an.)
- Wenn nein (Frage 7),
 - warum gab es keine Zielvorgaben?
 - Wurden Sie vom Bundesminister für Finanzen als Gesamtverantwortlichen für den Bundeshaushalt aufgefordert, entsprechende Zielvorgaben für Ihr Ressort vorlegen?
 - Wie stellen Sie fest, dass tatsächlich im System gespart wurde, wenn es keine Zielvorgaben gab?

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird unter dem Punkt „Einführung von Kostendämpfungspfaden“ festgehalten, dass durch eine konsequente Kostenanalyse nicht ausgeschöpfter Budgetpositionen im Bund bis zu einer Milliarde Euro nachhaltig eingespart werden kann. Aus dem Vergleich veranschlagter Einzahlungs- und Auszahlungspositionen der Jahre 2014 bis 2016 mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen ein Einsparungspotenzial von einer Milliarde Euro abzuleiten, deutet auf erhebliche haushaltsrechtliche Wissenslücken der Regierungsverantwortlichen hin. Durch eine Verringerung der Voranschlagsbeträge wird weder gespart, noch führt dies zu Leistungskürzungen. Die nicht ausgeschöpften, also auch nicht finanzierten und daher kein Defizit verursachenden Budgetpositionen sind als (buchhalterische) "Rücklagen" zu verbuchen. Erst deren Auflösung erhöht das Budgetdefizit. Reale Einsparungen lassen sich so, wie sie im Ministerratsvortrag beschrieben sind, nicht erzielen. Aus haushaltsrechtlicher Sicht kann es sich dabei nur um Einsparungen von „heißer Luft“ handeln.

- Wenn Sie in der damaligen Formulierung keinen Fehler erkennen, wie hoch waren 2018 die durch eine Reduktion von Voranschlagsbeträgen erzielten Einsparungen in Ihrem Ressort?

Ausgehend von den Beschlüssen des Ministerrates vom 5. Jänner 2018 und den damit festgelegten budgetpolitischen Zielsetzungen hat das Bundesministerium für Finanzen im Rahmen der Erstellung der Bundesfinanzgesetze 2018 und 2019 sowie der Bundesfinanzrahmengesetze für die Jahre 2018 bis 2022 den einzelnen haushaltsleitenden Organen bestimmte Budgets vorgegeben.

Die Budgetvorgaben erfolgten auf Grundlage des im Ministerrat beschlossenen Kostendämpfungspfades (Kostenanalyse Verwaltung, treffsichere Förderungen,

ausgegliederte Einheiten, BIG-Mieten, Redimensionierung von Offensivmaßnahmen wie beispielsweise Beschäftigungsbonus).

Die daraus resultierenden Budgets wurden den haushaltsleitenden Organen auf Ebene der einzelnen Untergliederungen jeweils aus- und einzahlungsseitig in Summe vorgegeben.

Die Entscheidung über die Aufteilung der Budgets auf die einzelnen Voranschlagsstellen blieb den haushaltsleitenden Organen überlassen. Spezielle Einsparungen bei der „Operativen Verwaltungstätigkeit“ wurden nicht vorgegeben.

„Sparen im System“ bezieht sich daher nicht ausschließlich auf Auszahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit gemäß der Finanzierungsrechnung nach ökonomischen Kriterien.

Basierend darauf wurden bereits bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes 2018 die Zielvorgaben des Bundesministeriums für Finanzen mitberücksichtigt und führten zu einer Reduktion der Ausgabenobergrenzen innerhalb der Untergliederung (UG) 10.

Durch den effizienten und effektiven Budgetmitteleinsatz innerhalb der UG 10 konnten unterjährig nochmals rund 2,513 Mio. Euro eingespart werden. Dieser Betrag ergab sich vor allem im Bereich des Transferaufwandes bzw. des betrieblichen Sachaufwandes. Ein teilweise bestehender Mehrbedarf in anderen Bereichen konnte mithilfe der vorhandenen Budgetmittel kompensiert werden.

Zu den Fragen 11 bis 15:

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass Spending Reviews ausgebaut und in den Budgetprozess integriert werden

- *Wurden bzw. werden in Ihrem Ressort Spending Reviews Projekte in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen erarbeitet?*
- *Wenn ja, welche?*
 - a. *Was sind die Ergebnisse allfällig fertig gestellter (Pilot-)Projekte?*
 - b. *Wann werden diese dem Budgetausschuss zur Debatte vorgelegt werden?*
- *Welche der abgeschlossenen Pilotprojekte wurden - wie vorgesehen - in den Budgetprozess integriert?*
- *Was genau ist darunter zu verstehen?*
- *Wie viele Bedienstete Ihres Ressorts sind mit Spending Reviews Projekten und deren Integration in den Budgetprozess befasst?*

Spending Reviews sind strukturierte, verbindliche Haushaltsanalysen. Die Anwendung von Spending Reviews erlaubt eine kritische Überprüfung von Ausgaben- und Aufgabenbereichen der öffentlichen Hand. Ziele von Spending Reviews sind die Steigerung von Effizienz und Effektivität, eine bessere Identifikation von (Ausgaben-)Prioritäten sowie die Unterstützung der Sicherstellung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen.

In diesem Sinne werden Aufgaben- und Ausgabenbereiche hinsichtlich möglicher Effizienz-, Effektivitäts- und Einsparungspotentiale analysiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Aufgaben und Ausgaben werden daraufhin untersucht,

- ob sie zeitgemäß sind,
- ob sie die gewünschten Resultate erbringen,
- ob (und wenn ja, wo) es sinnvolle Ansatzpunkte für Einsparungen gibt,
- ob (und wenn ja, wo) Aufgaben umverteilt und Ausgaben umgeschichtet werden können bzw. sollen.

Die Arbeit erfolgt in einer gemeinsamen strukturierten, verbindlichen Form im Rahmen eines Projektes durch die zuständigen Stellen und der Budgetsektion des Bundesministeriums für Finanzen. Seitens des Bundeskanzleramtes wurde bereits im Jahr 2017 das Digitale Langzeitarchiv im Österreichischen Staatsarchiv als Spending Review-Projekt identifiziert. Eine numerische Zuordnung von Bediensteten zu diesem Projekt ist nicht möglich.

Zu den Fragen 16 und 17:

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass durch eine konsequente Abschaffung von Doppel- und Mehrfachförderungen sowie Prüfung der Förderungen auf ihre Treffsicherheit bei den Ministerien mittel- und langfristig bis zu 190 Mio. Euro eingespart werden können.

- *Welche konkreten Doppel- und Mehrfachförderungen wurden in Ihrem Ressort 2018 identifiziert und abgeschafft? (Bitte um jeweils getrennte Aufzählung je Förderung.)*
- *Wie hoch sind die dadurch erzielten Einsparungen? (Bitte um jeweils getrennte Aufzählung je Förderung.)*

Die Vergabe von Förderungen erfolgt nach der Verordnung des Herrn Bundesministers für Finanzen über allgemeine Rahmenrichtlinien für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln (ARR 2014). Es wird unter anderem auch durch eine Transparenzportalabfrage auch darauf geachtet, dass keine unerwünschten Doppel- und Mehrfachförderungen erfolgen. Konkrete Doppelförderungen wurden nicht identifiziert.

Zu den Fragen 18 und 19:

Im Ministerratsvortrag vom 5. Jänner 2018 wird festgehalten, dass in Summe nur mehr jede dritte Planstelle nachbesetzt werden soll.

- *Wie hoch war im Jahr 2018 der Personalabgang in Ihrem Ressort?*
- *Wie viele Stellen davon wurden nachbesetzt? (Bitte um jeweils getrennte Darstellung nach Globalbudgets Ihres Ressorts.)*

Personalabgänge, die mit dem Ausscheiden von Bediensteten aus dem Dienststand des Bundeskanzleramtes verbunden sind, erfolgen grundsätzlich aufgrund von Pensionierungen, Versetzungen sowie wegen Ablaufs von befristeten Verträgen. Selbstverständlich bekennt sich das Bundeskanzleramt auch im Personalbereich zu einem restriktiven Einsparungskurs. Daher gibt es keinen Automatismus, der zur Nachbesetzung von Arbeitsplätzen führt. Nachbesetzungen sind ausschließlich Ergebnis genauer Analysen, die in einem gemeinsamen Prozess zwischen den Fach- und Personalverantwortlichen erarbeitet werden und selbstverständlich auch mittel- bis längerfristige Planungsaspekte miteinzubeziehen haben.

Vor diesem Hintergrund gab es im Jahr 2018 insgesamt 62 Personalabgänge, wobei 20 der dadurch frei gewordenen Stellen im Bundeskanzleramt nachbesetzt wurden.

Darüber hinaus darf ich auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1746/J vom 26. September 2018 verweisen.

Sebastian Kurz

